

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Kahr gibt nicht nach.

München, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Bayerische Volkspartei hatte beschlossen, Herrn v. Kahr noch einmal die Regierungsbildung und den Posten des Ministerpräsidenten anzubieten. Das hat nun der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Heidl, gestern in Berichtsgaben getan, erhielt aber einen ablehnenden Bescheid. Die heutigen Münchner Morgenblätter veröffentlichen eine Erklärung des Ministerpräsidenten an den Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei vom 18. September. In dieser Erklärung bekennt sich Kahr für das ihm bewiesene Vertrauen; unverbrüchlich halte er an den Grundsätzen der Bayerischen Volkspartei fest. Als neugewählter Ministerpräsident wäre er aber in der Zwangslage, sich auf den Boden des Beschlusses des ständigen Ausschusses des Landtages vom 11. September, der ihn zum Rücktritt bestimmt habe, zu stellen. Er könne dies aber auch heute mit seiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesen Gründen sehe er sich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerbieten der Bayerischen Volkspartei anzunehmen. Es handelt sich also darum, daß Ministerpräsident Kahr nach wie vor auf der Aufrechterhaltung des bayerischen Ausnahmezustandes bestehen würde, daß er aber auch heute dafür die Koalitionsparteien nicht gewinnen kann. Ob Kahr für den von der Bayerischen Volkspartei zu schaffenden Posten des Staatspräsidenten in Frage kommt, scheint uns auch sehr unwahrscheinlich.

Neue Besprechungen über die bayerische Frage in Berlin.

Berlin, 20. September. Nach Mitteilungen aus parlamentarischen Kreisen sind vorige Woche mehrere Mitglieder des bayerischen Landtages in Berlin eingetroffen, um die unterbrochenen Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. In einer Besprechung mit dem Reichskanzler wurde die Verordnung des Reichspräsidenten sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erörtert. Vor allem handelte es sich darum, einen Weg zu finden, der zu weiteren offiziellen Verhandlungen führen soll. Bei dieser Besprechung betonte der Reichskanzler nochmals, die bayerischen Gegenansprüche bedeuteten in ihrer jetzigen Form eine Ausschaltung des Reiches und erschienen deshalb unannehmbar. Andererseits erklärte er seine Bereitschaft, neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Die bayerischen Politiker haben darauf am Sonnabend Berlin wieder verlassen.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt erfährt, daß bei den Verhandlungen mehrerer Mitglieder des bayerischen Landtags mit dem Reichskanzler in Berlin dieser darauf hinwies, daß die bayerischen Gegenansprüche in ihrer jetzigen Form eine Ausschaltung des Reiches bedeuten und deshalb nicht annehmbar seien. Er wäre nach wie vor bereit, weiter zu verhandeln und neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Gegenwärtig finden keinerlei Verhandlungen zwischen dem Reich und bayerischen Persönlichkeiten statt. An maßgebenden Stellen machte sich die Tendenz geltend, mit Rücksicht auf die großen außen- und innenpolitischen Schädigungen einer Fortdauer der jetzigen Spannung ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung gegenüber Bayern zu empfehlen. Es wird vorgeschlagen, in den Streitfällen bei Zeitungsverböten die Entscheidung einer Reichsinstanz, etwa dem Reichsgericht oder dem Reichswirtschaftsrat zu übertragen. Mit einem solchen Vorschlag beschäftigte sich gestern nachmittags eine Besprechung zwischen dem Reichsminister Dr. Gradnauer und dem Reichspräsidenten Ebert. Endgültige Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt, da erst die Regierungsbildung in Bayern abgewartet werden soll.

Weißmann und die deutschnationalen Verschwörer.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Von parlamentarischer Seite wird der Possischen Zeitung u. a. geschrieben, daß die, die gegen den Verzicht des preussischen Staatskommissars Weißmann lärmten, etwas vorsichtiger sein sollten, aller Wahrscheinlichkeit nach werde schon in der nächsten Zeit die Öffentlichkeit Einzelheiten zu hören bekommen, die nicht mehr die Behauptung zulassen, es handle sich bei der ganzen Angelegenheit nur um bedeutungslose Handlungen von ein paar Narren oder Phantasten. Es sei noch zur rechten Zeit ein Geschwür ausgekochen worden, dessen zerstörende Wirkung sich vielleicht schon sehr bald am deutschen Reichskörper sonst bemerkbar gemacht hätte.

Es ist nicht zu verstehen weshalb die Possische Zeitung so geheimnisvoll tut. Die Öffentlichkeit hat das größte Interesse daran, die ganze Wahrheit zu erfahren, also heraus mit der Sprache!

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die bayerische Regierung hat, wie das Berliner Tageblatt

erfährt, keine offizielle Anfrage wegen der Amtshandlung des Staatskommissar Weißmann in Bayern an das preussische Kabinett gerichtet. Die preussische Regierung hat sich vielmehr aus eigenem Entschluß mit der Angelegenheit befaßt. Sie hat außerdem das ihr vorliegende Material über die in Bayern gemachten Feststellungen dem Münchner Kabinett amtlich übermittelt.

Die ober-schlesische Gefahr.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern nachmittags fand in der Reichskanzlei eine lange Besprechung über die Lage in Schlesien statt. An der Sitzung nahmen außer dem Reichskanzler der Reichsminister des Innern, Minister Dr. Rathenau, der preussische Minister des Innern, sowie die Vertreter der anderen zuständigen Stellen teil. Die Erörterungen befaßten sich in der Hauptsache mit der Methode der Bekämpfung der unerlaubten Verbände in Nieder- und Mittelschlesien. Die Beschlüsse, die gefaßt wurden, waren vertraulich. Hoffentlich kommt man nun recht bald aus dem Stadium der Beratungen heraus, die drohende Gefahr erfordert dringend ein rasches und energisches Handeln.

Der Parteitag der SPD.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Den ersten Tag beherrschte die Frage der Einigung und der Regierungsbildung. Zwei Richtungen zeichneten sich deutlich ab. Die eine, die noch die Mehrheit verkörpert, denkt nicht von der Einigung und will jedenfalls die Möglichkeit des Zusammenarbeitens mit der Sinnespartei in der Regierung nicht durch Rücksichten auf die Einigung mit der USPD beeinträchtigen lassen. Das trat im weiteren Verlauf des Krüger'schen Referats sehr deutlich hervor. Krüger lehnte sich in seiner Rede hauptsächlich gegen unsere Partei, der er Mangel an Mut vorwarf, sich zu der als notwendig erkannten Koalitions-politik mit bürgerlichen Parteien zu bekennen, deren Politik in der Gemeinde Berlin (Ablehnung des Groß-Berliner Etats) er ein Affentheater nannte und deren Führer er indirekt den Vorwurf machte, daß sie fürchteten, bei der Einigung von ihrem Niederstuf herabsteigen zu müssen. Die Einigung werde erst kommen, wenn die USPD sich weiter bessere. Im übrigen war die Rede eine Begründung der Resolution des Parteivorstandes und Ausschusses, die die Regierungsbildung mit solchen Parteien erlaubt, die sich auf gewisse Mindestforderungen, Zusage der Republik, Ummatsumserfüllung und weitestgehende Besteuerungen verpflichten. Den Chemikern und Frankfurtern verabreichte er scharfen Tadel wegen ihrer Hinnahme nach links, die sie bis zum Zusammenarbeiten mit den Kommunisten und zur Ausnahmere ihrer Parolen gebracht habe.

Die Frankfurter erwiderten recht kräftig. Ihre Redner Markwald und Trojahn verwurten die Resolution entschieden. Die Volkspartei werde die Bedingungen eingehen, um sie zu sabotieren und die Republik zu unterwühlen. Anders könne sie nicht, denn sonst würden ihre Wähler zu den Deutschnationalen laufen und die Großindustriellen würden ihr Geld und Presse entziehen.

Edstein-Breslau, Diester-Schleswig-Holstein, Kieß-Jena unterstützten die Frankfurter in temperamentvoller Weise. Krüger bekam von dem letzten Redner zu hören, daß er die Sinnespartei besser behandelt habe als die USPD. Die Sprecher dieser Richtung bezeichneten die Einigung mit der USPD, als das dringlichste, als Herzenssache für die Arbeiter. Man dürfe ihr keine neuen Hindernisse bereiten durch das Programm und durch das Zusammengehen mit der Volkspartei. Die Hamburger Eisenhart und Dr. Knack; Scholich-Breslau, Eckert-Biel verteidigten die Vorstandsresolution, forderten aber energische Maßnahmen zum Schutze der Republik. Auch von dieser Seite wurde bemängelt, daß vom Vorstand nichts gegen die Mitarbeit stützender Genossen an reaktionären Blättern geschehen sei. Löbe-Breslau sprach nur für seinen Antrag: ein republikanisches Abgehen zu schaffen. Scheidemann, der die Sitzung mit seiner Rede schloß, erwies sich noch päpstlicher als der Papst, d. h. der Parteivorstand. Er hätte aus dessen Resolution am liebsten noch die Bedingungen für die Regierungsbildung gestrichen, die er nur von Fall zu Fall festgesetzt sehen möchte. Ganz zum Schluß seiner, mit wichtiger Pose vorgetragenen, aber gar nichts Neues bietenden Ausführungen kam er auf die Einigungsfrage, über die er mit der populären, aber sehr nichtfolgenden Wendung sagte, sie werde am besten durch den Uebertritt der Arbeiter zur großen sozialdemokratischen Partei gelöst.

Der Vorstand will anscheinend das neue Programm noch fertigstellen lassen. Zu Anfang der Sitzung wurde nach einem kurzen Referat Molkenbuhrs eine Kommission gewählt, die den Entwurf nochmals revidieren soll. Der Parteitag ist stark besucht, er zählt 376 Teilnehmer, darunter 293 Delegierte.

Der geplante Steuerraubzug.

Wofür müssen wir zahlen?

Die neuen Steuern bedeuten eine Last, wie sie noch nie in der Geschichte einem Volke zugemutet worden ist.

In der finanziellen Lage spiegelt sich unser ganzes Elend, der ganze Jammer des revolutionären Deutschlands, der ganze Druck der Unterwerfung.

Dr. Helfferich, Reichsfinanzminister während des Krieges, auf dem deutschnationalen Parteitag.

Wie die Ludendorff und Kompanie die Schuld für den militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands von den Trägern des alten Regimes auf die Revolutionäre abzuwälzen versuchten, so suchen die Hauptschuldigen an dem jetzigen wirtschaftlichen und finanziellen Elend Deutschlands, dieses Elend, das eine natürliche Folge des Krieges und der während des Krieges betriebenen Finanzpolitik ist, in eine Auswirkung der Revolution umzuwälzen. Alle die tapferen Helden, Wortführer und Stützen des kaiserlichen Deutschlands spielen jetzt die Rolle des verfolgten Diebes und schreien aus Selbstwehr: Haltet den Dieb! Gerade ein Helfferich, der sich jetzt wieder auf dem Parteitag der Deutschnationalen in München als Ankläger gegen die Republik aufspielte, hätte alle Ursache, recht still zu sein, wenn über Deutschlands Finanzelend und die dafür Verantwortlichen gesprochen wird. Gerade er als Reichsfinanzminister während des Krieges hat ein gerütteltes Maß von Schuld daran, daß sich die finanzielle Notlage Deutschlands so ungeheuerlich verschärft hat, daß die Finanzen Deutschlands so fürchtbar zerrütet wurden.

Unter der Leitung Helfferichs ist während des Krieges die unheilvollste Pumpwirtschaft durchgeführt worden. Um die Bezahlung der von Monat zu Monat lawinenartig anwachsenden Schulden haben sich die Staatsmänner Wilhelms nie Kopf-schmerzen gemacht. Für sie unterlag es ja keinem Zweifel, daß Deutschland siegen würde und dann alle Lasten den besiegten Gegnern auferlegen könnte. Die Kleinigkeit von 350 Milliarden hoffte man nach den Schriften der Vaterlandspartei den Besiegten abnehmen zu können. Dr. Helfferich, Reichsfinanzminister und Vizekanzler des kaiserlichen Deutschlands, versicherte, daß Deutschlands Feinde die Last der Kriegskosten und Kriegsschulden jahrzehntelang würden mit sich schleppen müssen. Um die Kriegskostenbestreitung nicht zu dämpfen, verzichtete man darauf, die Kriegskosten, wenigstens zu einem wesentlichen Teil — wie es z. B. England tat — durch Besitzsteuern aufzubringen. Die erst im Jahre 1916 beschlossene Kriegsgewinnsteuer war nichts als eine Täuschung des Volkes. Sie wurde den glücklichen Kriegsgewinnern vom Reiche in der Form erhöhter Preise für die Kriegsgüterleistungen mit Zinsen und Zinseszinsen reichlich zurückerstattet.

Dem dummen Volke rebete man dabei vor, Deutschland befinde sich in einer viel glücklicheren Lage als alle seine Kriegsgegner. Man erzählte ihm, Deutschland brauche kein Geld für die Kriegführung, für Kriegsmaterial, Verproviantierung seines Heeres usw. nicht ins Ausland zu geben; das ganze Geld bliebe im Lande. Auch das war selbstverständlich Betrug, denn für die ungezählten Milliarden wurden ja keine Güter und Gebrauchswerte geschaffen, sondern nur Massenmordwerkzeuge und Massenmordmaschinen, Zerstörungswerkzeuge und Zerstörungsmaschinen. Die Milliarden wurden auf den Schlachtfeldern in der halben Welt buchstäblich in die Luft gepulvert. Was in Deutschland blieb, waren die in rasendem Tempo steigenden Schulden und die verhältnismäßig noch schneller wachsenden Zinsen, die das deutsche Volk seiner Kapitalistenklasse zu zahlen hat.

Diese von allen Parteien — mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie — unterstützte, für die kaiserliche Regierung so sehr bequeme und für die Besiegten so gewinnbringende Anleihewirtschaft leitete die verhängnisvolle Entwertung des deutschen Geldes ein. In den Spalten unseres Blattes ist oft nachgewiesen worden, wie die nicht mehr nach den Bedürfnissen der Wirtschaft, sondern lediglich nach den ständig steigenden Geldbedürfnissen des Reiches erfolgte Massenausgabe von Papiergeld bei sich unangelegentlich verringernden Waren- und Gütermenge zu immer höher steigenden Preisen aller Waren, zu einer fortgesetzten Senkung des Reallohns und damit zur immer schlimmeren Herabdrückung der Lebenslage der breiten Massen und zu dem fürchtbaren Massenelend führen mußte. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentempfänger, alle jene, die mit den fast wertlosen Papiergeldzetteln ihren Lebensunterhalt bestreiten mußten, waren gezwungen, ihren Verbrauch an Nahrungsmitteln, Kleidung und sonstigen Verbrauchsgegenständen immer mehr einzuschränken. Sie konnten sich schließlich selbst das Notwendigste nicht mehr kaufen, während die durch diese Einschränkung „ersparten“ Waren in immer größeren Mengen von dem gefräßigen Kriegsgewinnern verschlungen wurden. Die breiten Massen des Volkes wurden gezwungen, nicht nur die fürchtbarsten Blutopfer zu bringen, sondern auch den größten Teil der Kriegskosten zu tragen. Die beispiellose Geldausföhrung wirkte da-